

Die aktuellen Lohnrunden werden zu einem Grundsatzstreit zwischen reich und arm hochstilisiert. Die großen Unterschiede in der Arbeitsrealität werden dabei nicht beachtet

Ohne Maß, ohne Partner

Von Gerd Held

Die Lohnrunde dieses Frühjahrs 2012 ist die erste, die im Zeichen der wundersamen Geldvermehrung stattfindet, mit der die europäische Politik der Schuldenkrise Herr zu werden versucht. „Die nächsten Milliarden sind für uns!“ erklärt der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi. Er spekuliert auf einen neuen Leichtsinn, der durch das Hantieren mit Hunderten von Milliarden von Euros geweckt wird. Die „nächsten Milliarden“ haben nichts mit der Ertragslage eines Unternehmens oder einer Kommune zu tun, sondern hängen scheinbar nur vom politischen Willen ab. Durch die immer größeren Rettungspakete ist der Eindruck entstanden, man könne konsequenzlos am Geldhahn drehen. Das ist für die Lohnfindung kein guter Gedanke, denn er entfernt die Verhandlungen von der konkreten Ertragslage einer Branche oder von der Haushaltslage eines Staatswesens. Es ist vollkommen richtig, wenn die gut verdienenden Automobilunternehmen ihren Beschäftigten hohe Prämien zahlen. Das Geld ist schon real am Markt verdient. Aber jeder weiß auch, dass sich diese Lage schnell ändern kann. Zudem gibt es andere Industrien, die weniger erwirtschaften, obwohl sich Belegschaft und Unternehmer genauso viel Mühe geben. Mit dieser differenzierten Lage müssen sich die Lohnverhandlungen befassen - dafür gibt es sie. Doch die „nächsten Milliarden“, die die Gewerkschaft Verdi für sich beansprucht, stehen über jeder verhandelbaren Realität. Sie sind eine Art Rettungspaket-Dividende. Eine Gipfelidee, die mit den Mühen der Ebene nicht mehr zu tun hat.

Zu der politisch-moralischen Generaldebatte, die diese Lohnrunde begleitet, gehört die Behauptung, es gehe um einen Kampf gegen eine „neue Armut“, die die Arbeit-

nehmer bedroht. Es wird das Bild eines Landes gezeichnet, in dem die Beschäftigten seit einem Jahrzehnt einen stetigen Reallohn-Verlust hinnehmen mussten und in dem nun eine Einkommenswende überfällig ist. Doch die Statistik der Tariflöhne – auch die Statistik gewerkschaftsnaher Institute – zeigt einen solchen Verlust nicht. Deshalb wird ein anderes Phänomen in die Debatte eingeführt: der Niedriglohnsektor. Gerade in diesen Tagen häufen sich wieder die Meldungen, die darauf hinweisen, dass ein Viertel der Beschäftigten niedrige Löhne bezieht und dass diese Löhne weniger steigen als der Durchschnitt. Die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten ist langsam, aber stetig gewachsen und die Zunahme der Erwerbstätigkeit in Deutschland ist zu einem Teil darauf zurückzuführen. Solche Tatsachen müssten eigentlich dazu Anlass geben, sich die Tätigkeiten, für die pro Stunde nur wenige Euros bezahlt werden, näher anzusehen. Ist ihre Produktivität so hoch wie in anderen Bereichen und wird hier nur besonders krass und willkürlich ausgebeutet? Oder ist es typisch für moderne Wertschöpfungsketten, dass sie auch Glieder mit geringer Produktivität enthalten? Dass bei Unternehmen, die viele Niedriglöhner beschäftigen, die Gewinne besonders hoch sind, ist nicht belegt. Auch sollte nachdenklich stimmen, dass Niedriglohnbereiche schon immer in großstädtischen Arbeitsmärkten zu finden waren. Das sind gute Gründe, um diesen Sektor, der aus der Realität unseres Landes – und seiner europäischen Nachbarn - gar nicht mehr wegzudenken ist, endlich ernst zu nehmen. Doch wird stattdessen in der Debatte über die neue Armut ein Kriterium eingeführt, das von Wertschöpfung gar nichts mehr

wissen will: Ein Lohn sei nur dann zu rechtfertigen, wenn man von ihm leben kann. „Leben“ soll dabei heißen, dass man sich als Single einen unabhängigen Haushalt leisten kann – über den Sätzen von Hartz IV, die ja ihrerseits schon ein Lebensminimum garantieren. So ein „Lohnprinzip“ kann man aufstellen, aber es hat mit der Zahlungsfähigkeit, die in Lohnverhandlungen auf der anderen Seite des Tisches sitzt, nichts zu tun.

Es gibt hier eine längere Fehlentwicklung, die endlich korrigiert werden muss. Schon seit mindestens drei Jahrzehnten stellen die Gewerkschaften Lohnforderungen, die für die unteren Lohngruppen zusätzliche Erhöhungen bringen. Tatsächlich hat sich im Laufe der Zeit das Tarifgefüge in diesem Sinn geändert. Das war sozial gemeint, aber es konnte die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass es Arbeitsgänge und Dienste gab, die nicht das Geld einbrachten, um die Extraerhöhungen zu bezahlen. Das Verdrängte kehrte zurück – in Gestalt eines Niedriglohnssektors, der nun außerhalb der Tarifverträge wuchs und der heute von den tariflichen Lohnverhandlungen kaum noch berührt wird. Er sitzt bei den Verhandlungen gar nicht mit am Tisch. Er muss ohne Gewerkschaften auskommen, weil die Gewerkschaften sich auf seine Realität nicht einlassen wollen. Die Kultur der Sozialpartnerschaft kann ihm gar nicht zu gute kommen, obwohl es im unteren Teil des Lohngefüges durchaus manches zu tun gäbe - zum Beispiel bei körperlich schweren, unangenehmen Hilfstätigkeiten, die in einem kopflastigen Lohngefüge zu Unrecht mit banalen Tätig-

keiten gleichgesetzt werden. Hier ist ein Umdenken überfällig. Die komplizierte Realität des Niedriglohnssektors muss in die Tarifvertragskultur wieder eingebürgert werden. Das gelingt nur, wenn das Spektrum der Einstufungen nach unten wieder öffnet wird. Niemand anders als die großen Gewerkschaften hätte dazu die Kraft. Dagegen sind die 200 Euro, die Verdi jetzt als Mindestbetrag fordert, eine reine Augenschere. Sie kommen im Niedriglohnssektor gar nicht an.

Eine solche Augenschere ist auch die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Sie glaubt, dem Niedriglohnssektor sei dadurch zu helfen, dass man einfach höhere Zahlungen verordnet. Man verfolgt weiter den gescheiterten Kurs, das Lohngefüge unten zu zerstören und dann zu hoffen, es werde oben schon etwas Neues wachsen. In Wirklichkeit wirkt diese Politik so kalt und gleichgültig wie ein Hochwasser: Sie lässt einen Teil der Arbeitsplätze untergehen und fragt nicht danach, ob dieser Teil vielleicht eine sinnvolle, aber wenig lukrative Leistung erbringt. Der Mindestlohn ist ein Verdrängungslohn, er ist sozial exklusiv. Diese Mentalität der Verdrängung äußert sich in der laufenden Lohnrunde auch ganz praktisch. Die jüngsten Warnstreiks im öffentlichen Dienst zeigen keine Spur von Rücksichtnahme. Eine rigorose Kälte ist zu spüren, die Stärke demonstriert, indem sie die Menschen trifft, die auf Bahnen oder Kindergärten existenziell angewiesen sind.

So ist die Politisierung der Löhne, die in dieser Tarifrunde unübersehbar ist, keine gute Nachricht.

(Manuskript vom 15.3.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT unter der Überschrift „Her mit den Milliarden!“ am 19.3.2012)